NIEDERSCHRIFT RAT/0016/2023

über die Sitzung des Rates der Stadt Billerbeck am 02.03.2023 in der Geschwister-Eichenwald-Aula.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ratsmitglieder:

Frau Heike Ahlers
Herr Matthias Ahlers
Frau Tatiana Holtmann
Herr Bernd Kösters
Herr Marco Lennertz
Frau Ann Katrin Meinert-Vormann
Herr Peter Rose
Herr Frederik Salomon
Herr Thomas Schulze Temming
Herr Franz Josef Schulze Thier
Herr Werner Wiesmann
Herr Ralf Flüchter
Frau Hanna Hüwe
Herr Thomas Jakobi
Herr Christof Peter-Dosch
Frau Sophie Scholz
Frau Sarah Bosse
Frau Margarete Köhler
Herr Carsten Rampe
Herr Thomas Tauber
Herr Thomas Walbaum
Herr Frank Wieland
Herr Niels Geuking

Entschuldigt fehlen:

Frau Dagmar Caluori
Frau Iris Pawliczek
Herr Christoph Ueding

Von der Verwaltung:

Herr Hubertus Messing
Herr Marcel Wissing
Frau Michaela Besecke
Herr Martin Struffert
Herr Rainer Hein

Schriftführerin:

Frau Ute Höning

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

20:10 Uhr

Frau Dirks begrüßt die zahlreich erschienen Zuhörerinnen und Zuhörer und betont, dass es wünschenswert wäre, wenn immer ein so hohes Interesse an den Sitzungen bestehen würde. Ebenso begrüßt Frau Dirks die Presse sowie die Ratsmitglieder. Im Anschluss stellt die Vorsitzende des Rates Frau Dirks fest, dass form- und fristgerecht eingeladen worden ist. Hiergegen erhebt sich seitens der Ratsmitglieder kein Widerspruch.

Bezugnehmend auf die versandte Tagesordnung teilt Frau Dirks mit, dass der Tagesordnungspunkt 5 der nicht-öffentlichen Sitzung (Erweiterung der Mensa – hier Lieferung und Einbau einer Gefrier- und Kühlzelle) entfällt, da der Beschluss bereits im Schul- und Sportausschuss gefasst wurde.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Bericht der Verwaltung über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Messing teilt mit, dass der Rat am 27.09.2022 die öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Übertragung der Aufgaben Sammlung und Transport von Textilabfällen im Kreis Coesfeld, die im Rahmen des kommunalen Anschluss- und Benutzerzwanges anfallen, beschlossen. Dieses wurde zwischenzeitlich im Amtsblatt veröffentlicht und ist somit in Kraft getreten.

2. Entwurf des Jahresabschlusses 2022 der Stadt Billerbeck

Die Vorsitzende Frau Dirks erläutert anhand der Sitzungsvorlage den Sachverhalt.

Seitens der Ratsmitglieder ergeben sich keine Fragen.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Der Entwurf des Jahresabschlusses 2022 einschließlich Anlagen wird dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung zugeleitet, sobald der Entwurf von der Kämmerin aufgestellt und durch die Bürgermeisterin bestätigt wurde. Den Ratsmitgliedern wird der Entwurf des Jahresabschlusses 2022 auf Wunsch auf dem Postweg, ansonsten per E-Mail zugeleitet.

Stimmabgabe: einstimmig

3. 1. Änderung des Bebauungsplanes "Ferienpark Gut Holtmann" hier: Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen und Satzungsbeschluss

Frau Dirks nimmt Bezug auf die Sitzungsvorlage und weist auf die Vorbereitungen im Bezirks- und Stadtentwicklungs- und Bauausschuss hin.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Billerbeck beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie der §§ 7 und 41 GO NRW unter Abwägung aller öffentlichen und privaten Belange nach § 1 Abs. 7 BauGB die 1. Änderung des Bebauungsplanes "Ferienpark Gut Holtmann" mit den örtlichen Bauvorschriften als Satzung. Diese besteht aus der Planzeichnung sowie der Begründung.
2. Gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist ortsüblich bekannt zu machen, dass die 1. Änderung des Bebauungsplanes „Ferienpark Gut Holtmann“ beschlossen worden ist.

Rechtsgrundlagen sind:

Das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) in der zurzeit geltenden Fassung

Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666/SGV NRW 2023) in der zurzeit geltenden Fassung

Die Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) vom 21. Juli 2018 (GV. NRW S. 421) in der zurzeit geltenden Fassung

Stimmabgabe: einstimmig

4. Bauleitplanung für die Errichtung von Photovoltaikanlagen in der Gärtnersiedlung

hier: Ergebnis der Anliegerversammlung

Die Vorsitzende Frau Dirks weist auf die Vorberatungen im Bezirks- und Stadtentwicklungs- und Bauausschuss hin und erläutert den Sachverhalt. Seitens der Ratsmitglieder gibt es keine Wortmeldungen.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt die Anlieger bei der Planung von Photovoltaikanlagen auf nicht mehr genutzten gartenbaulichen Flächen zu unterstützen.
2. Für die von den Anliegern eingebrachten nicht mehr genutzten Flächen sollen Bauleitpläne für die Errichtung von Photovoltaikanlagen erarbeitet werden. Mit den Anliegern werden städtebauliche Verträge zur Kostenübernahme der Planungskosten geschlossen.

Stimmabgabe: einstimmig

5. Erweiterung der Biogasanlage Beerlage

hier: Vorstellung eines Plankonzeptes

Zuerst erklärt sich Herr Schulze-Temming zu diesem Tagesordnungspunkt für befangen – er nimmt weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

Frau Dirks weist auch hier auf die Vorberatungen im Bezirks- und Stadtentwicklungs- und Bauausschuss hin.

Der Vertreter der FamilienPartei, Herrn Geuking, hinterfragt zur geplanten Erweiterung in wie weit umweltrechtliche Fragen zu klären bzw. wie hoch der Prüfaufwand für das Vorhaben sind. Ebenso hinterfragt Herr Geuking, ob es richtig sei, dass eine Umstellung von Strom auf Gas erfolge. Der ursprüngliche Sinn einer Biogasanlage ist die Grundlastfähigkeit bei der Stromerzeugung – dieses würde bei einer Umstellung entfallen.

Frau Besecke betont, dass das gesamte Verfahren ganz am Anfang sei, d.h. dies ist lediglich der Startschuss, dass die erforderlichen gutachterlichen Untersuchungen in Auftrag gegeben werden können. Bei der Vorstellung im Bezirksausschuss ist deutlich geworden, dass die baulichen Errichtungen (bis zu einer Höhe von 20 m) hinsichtlich landschaftlicher und umweltrechtlicher Belange zu prüfen sind. Ein erster Verfahrensschritt im Rahmen des Bauleitverfahrens wird das frühzeitige Beteiligungsverfahren (Beteiligung der Fachbehörden) sein.

Der Gesetzgeber berücksichtige die Biogasanlagen momentan noch nicht wirklich als Grundlastträger. Das Gas sei eine Speicherung der Energie, die eine spätere Verwendung für verschiedene Nutzungen erlaube.

Frau Dirks weist darauf hin, dass die Politik die weiteren Verfahrensschritte beraten und somit begleiten wird.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

1. Auf Grundlage des Plankonzeptes werden Planentwürfe erarbeitet. Mit der Antragstellerin wird ein städtebaulicher Vertrag zur Kostenübernahme geschlossen.
2. Mit den Planentwürfen wird eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) und eine frühzeitige Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB sowie die Abstimmung mit den Nachbarkommunen nach § 2 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Stimmabgabe: einstimmig

6. Sanierung der Zweifachhalle

Frau Dirks nimmt Bezug auf die Vorberatungen im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss und weist auf den ergänzten Beschlussvorschlag des Ausschusses hin.

Herr Peter-Dosch erklärt sich für befangen und nimmt weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

Seitens der Ratsmitglieder ergeben sich keine Fragen.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

1. Die Planungen für die Sanierung der Zweifachhalle werden in Abhängigkeit der bereits eingeplanten Haushaltsmittel an die zukünftigen Förderbedingungen angepasst. **Die optimale Variante sieht eine umfassende Sanierung einschließlich der Erweiterung des Eingangsbereiches vor sowie die barrierefreie Erreichbarkeit aller Hallenebenen über eine Rampe.**
2. Die weiteren Leistungen für die Erstellung des Energiekonzeptes als Fördervoraussetzung sind nach Maßgabe der Förderbedingungen und unter Berücksichtigung des Vergaberechts **schnellstmöglich zu vergeben.**
3. Bei Vorliegen aller relevanten Unterlagen ist ein Förderantrag für das EFRE-Programm *Energieeffiziente öffentliche Gebäude* zu stellen.

Stimmabgabe: einstimmig

7. Vergabe eines Straßennamens für das Neubaugebiet "Buschenkamp Süd"

Die Vorsitzende Frau Dirks nimmt Bezug auf die erneuten Vorberatungen im Umweltausschuss und erläutert die Sitzungsvorlage.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Das Baugebiet Buschenkamp Süd wird in zwei Teile aufgeteilt. Verwendet werden sollen die Namen Albersheimstraße und Bendixstraße.

<u>Stimmabgabe:</u>	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	6		5
Bündnis90/Die Grünen	5		
SPD	5		
FDP	1		
FamilienParteil	1		
Bürgermeisterin	1		

8. Gründung einer Städtepartnerschaft mit der Stadt Malyn in der Ukraine

Frau Dirks nimmt Bezug auf die Vorberatungen im Ausschuss für Generationen und Kultur und teilt mit, dass der ukrainische Bürgermeister sein Kommen für die Unterzeichnung der Vereinbarung und die Teilnahme am Bürgermeistertreffen der Partnerstädte im März 2023 zugesagt hat. Seitens der Ratsmitglieder ergeben sich keine Fragen.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Es wird eine Städtepartnerschaft mit der Stadt Malyn angestrebt.

Stimmabgabe: einstimmig

9. Wahl einer stellvertretenden Schiedsperson für den Amtsbezirk Billerbeck für die Amtszeit vom 1. April 2023 bis zum 31. März 2028

Die Vorsitzende Frau Dirks erläutert anhand der Sitzungsvorlage den Vorschlag der Verwaltung.

Seitens der Ratsmitglieder ergeben sich keine Fragen.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Für den Schiedsbezirk Billerbeck wird für die Wahlzeit vom 1. April 2023 bis 31. März 2028 Herr Enno Adam als stellvertretende Schiedsperson gewählt.

Stimmabgabe: einstimmig

10. Erhöhung der monatlichen Aufwandsentschädigung für die Schiedsperson und die stellv. Schiedsperson der Stadt Billerbeck

Frau Dirks nimmt Bezug auf die Sitzungsvorlage und erläutert den Vorschlag der Verwaltung zur Erhöhung der monatlichen Aufwandsentschädigung.

Herr Tauber meldet sich zu Wort und beantragt einerseits die Erhöhung der beiden Entschädigungssätze auf den landesweiten Durchschnittssatz in Höhe von 80 € bzw. 40 € sowie andererseits die Beauftragung der Bürgermeisterin beim Landesgesetzgeber initiativ zu werden, damit es hier zu verbindlichen Regelungen kommt.

Die Attraktivität des Ehrenamtes soll somit gewürdigt werden, da gerade durch diese ehrenamtliche Tätigkeit die Judikative entlastet wird.

Auf Rückfrage von Frau Dirks gibt es keine weiteren Wortbeiträge, so dass über die beantragte Aufwandsentschädigung abgestimmt wird.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Die monatliche Aufwandsentschädigung für die Schiedsperson der Stadt Billerbeck wird auf 80,00 € und die monatliche Aufwandsentschädigung für die stellv. Schiedsperson auf 40,00 €, rückwirkend ab dem 01.01.2023, erhöht.

Des Weiteren wird die Bürgermeisterin beauftragt, beim Landesgesetzgeber aktiv zu werden.

Stimmabgabe: einstimmig

11. Neufassung der Richtlinien der Stadt Billerbeck für die Ehrung von Sportlerinnen und Sportlern sowie Personen, die sich um den Sport in der Stadt Billerbeck in besonderem Maße verdient gemacht haben

Frau Dirks weist auf die Vorberatungen im Schul- und Sportausschuss und den dort gefassten einstimmigen Beschlussvorschlag hin.

Seitens der Ratsmitglieder ergeben sich keine Nachfragen.
Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Die Neufassung der Richtlinie der Stadt Billerbeck für die Ehrung von Sportlerinnen und Sportlern sowie Personen, die sich um den Sport in der Stadt Billerbeck in besonderem Maße verdient gemacht haben wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Stimmabgabe: einstimmig

12. Wiederbesetzung bzw. Umbesetzung von Ausschüssen

Frau Dirks erläutert den eingereichten Antrag der SPD.
Seitens der Ratsmitglieder ergeben sich keine Fragen oder Einwände.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Die beantragte Umbesetzung sowie die Aufnahme von Herrn Mario Krieger als stellvertretender sachkundiger Bürger in allen Ausschüssen wird beschlossen.

Stimmabgabe: einstimmig

**13. Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 30.11.2022
hier: isolierte Positiv-Planung nach § 245 e BauGB (neu) zur Ausweisung eines Windgebietes in der Region Hamern und Gantweg**

Die Vorsitzende Frau Dirks nimmt Bezug auf die Vorberatungen im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss und weist auf den geänderten Beschlussvorschlag des Ausschusses hin.

Frau Dirks teilt ihr Bedauern hierüber mit, da eine Gesamtbetrachtung des Gebietes und die Berücksichtigung weiterer Anträge mit der Beteiligung der Bürgerschaft dem demokratischen Prozess mit dem formulierten Beschluss ignoriert werden.

Herr Ahlers erklärt sich zu diesem Tagesordnungspunkt für befangen. Er nimmt weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

Für die Fraktion der SPD meldet sich Herr Tauber zu Wort und betont, dass die Ratsmitglieder eine Verantwortung für alle Bürgerinnen und Bürger von Billerbeck haben. Die Interessen der Betreiber stehen den berechtigten Interessen der Allgemeinheit entgegen. Zudem bedeuten diese Vorhaben bzw. setzen voraus

- eine Verspagelung der münsterländer Landschaft
- Beachtung des einzuhaltenden Standards beim Artenschutz
- Schutz des touristischen Wirtschaftszweiges
- Erhalt des Erholungswertes von Billerbeck.
- Beibehaltung der ausgewiesenen Windvorrangzonen
- Gesamtbetrachtung der Flächen gemäß § 249 BauGB.

Unverständlich ist ihm, wie Entscheidungen mit gravierenden Auswirkungen auf die gesamte Stadt zugestimmt werden kann. Herr Tauber begründet seine ablehnende Haltung zu dieser Positivplanung wie folgt:

- Ausführliche Bedenken und Hinweise der Verwaltung auf immerhin 5 Seiten wurden nicht ansatzweise öffentlich gewürdigt; also nicht diskutiert, abgewogen und abgestimmt.
- Es gab keine Zeit für einen demokratischen Prozess. Innerhalb von sehr kurzer Beratungszeit wird ein gravierend wichtiges Thema auf den Weg geschickt.
- Man könne also nicht von einer isolierten Positivplanung sprechen, wenn sich Gebiet an Gebiet reiht, wie Perlen auf einer Kette. Die Politik müsste – nach heutigem Kenntnisstand – von über 15 Windkraftanlagen sprechen, mit einer jeweiligen Gesamthöhe von ca. 250 Metern. Vergleichsweise führt Herr Tauber aus, dass der Dom mit einer Gesamthöhe von 100 Metern 215 Meter über Normalhöhenull (NHN) steht. Die geplanten Windkraftanlagen wären bis zu 400 Meter über NHN und das Alles gepackt in eine kleinteilige, ländliche Umgebung mit einer Stadt, die sich, noch, idyllisch in die Landschaft schmiegt. Besucher sprechen von Idylle trotz intensiver Landwirtschaft.
- Herr Tauber betont, dass er in 20 Jahren Kommunalpolitik noch nicht erlebt habe, dass sich in einem so frühen Stadium bereits zwei juristische Meinungen, die der Verwaltung und die der Initiatoren, auf meinem Tisch lagen und die sich gegenteilig gegenüberstehen.

Herr Tauber betont, dass die genannten Aspekte schwerwiegend genug seien, um gegen die beantragte Planung zu sein.

Abschließend hinterfragt Herr Tauber das damalige Bestreben (2017 – 2019) der CDU Fraktion – Billerbeck zum "Staatl. Anerkannten Luftkurort" zu machen. Hierdurch sollte ursprünglich eine Aufwertung für die Stadt erreicht werden. Durch das jetzige Verhalten gefährde die CDU aus vor genannten Gründen sogar den Titel „Erholungsort Billerbeck“.

Nachfolgend erläutert Herr Walbaum die damaligen Beratungen und Abstimmungen (2017) zur Ausweisung von Konzentrationsflächen für Windenergieanlagen in Billerbeck. Die Konzentrationszonen sollten möglichst wenig Anlieger stören und Natur- und Landschaftsschutz sollten beachtet werden. Nach wie vor könnten heute auf den ausgewiesenen Flächen Windenergieanlagen errichtet werden – die Kapazitäten sind immer noch vorhanden. Die Mitteilung einiger Bürger, dass sie sich – trotz geringerer Abstände – nicht gestört fühlen, führt Herr Walbaum auf die mögliche Beteiligung an einer solchen Anlage zurück. Die voraussichtliche Errichtung von 15 Windenergieanlagen auf Billerbecker Gebiet – alle außerhalb der Konzentrationsflächen – sei somit für ihn nicht verständlich. Erstrebenswert sei, eine Gesamtbetrachtung mit Beteiligung aller Billerbecker Bürger an einem demokratischen Prozess. Diese Zeit sollte sich Billerbeck für Entscheidungen nehmen – zumal die Versorgungssicherheit für die Billerbecker nicht gefährdet ist. Die gemeinsame Betrachtung aller Bauvorhaben führt in seinen Augen zu einem tragfähigen und gerechten Ergebnis. Auch Herr Walbaum betont, dass er den geänderten Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses somit ablehne.

Für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen nimmt Herr Peter-Dosch nunmehr Stellung. Die damalige Position (Enthaltung der Fraktion) der Grünen hinsichtlich der Windvorrangzonen begründet er damit, dass weder erahnt noch gewusst werden konnte, was die Zukunft bringe und was geschehe.

Die Windenergie und die massive Nachverdichtung sind heutzutage als lebensverlängernde Maßnahme für die Menschen und den Planeten zu betrachten. Ebenso sollte der Standort Billerbeck als Wirtschaftsstandort überlebensfähig gestaltet werden. Zu bedenken gibt er ebenfalls, dass in 20 bis 30 Jahren weitere und neue Techniken und Möglichkeiten entwickelt werden und möglicherweise ein Rückbau der Anlagen erfolgen kann. Er sieht keine Verschandelung der Landschaft, sondern betrachtet die Entwicklung als sehr überschaubaren Zeitrahmen, der nun gesetzt sei.

Frau Dirks weist darauf hin, dass bislang längst noch nicht alle vorhandenen Flächen, die man mit Windkraftanlagen belegen könnte, belegt sind. Nochmals nimmt sie Bezug auf die umfangreiche Sitzungsvorlage, in der das Ziel, Windkraftanlagen auf das ganze Land zu verteilen, verankert ist, u.a. auch wegen der Leitungskapazitäten. Frau Dirks teilt mit, dass sie dem geänderten Beschlussvorschlag nicht zustimmen wird.

Anschließend meldet sich Herr Geuking für die Fraktion der Familienpartei und teilt mit, dass er pro Windkraft sei. Er betont, dass die Vorortzeugung von Strom und die Strommenge durch Windenergieanlagen gute Argumente für die Errichtung seien - möglich sei dieses durch die EU-Notfallverordnung. Herr Geuking weist darauf hin, dass die Stromerzeugung und Stromverwendung gleichzeitig zu betrachten und zu planen sind. Abschließend möchte Herr Geuking wissen, wie lang die Erstellung einer Gesamtkonzeption für Billerbeck in Anspruch nehmen würde, um

eine Gleichbehandlung aller Antragsteller.

Seitens der Verwaltung führt Frau Besecke aus, dass die Überarbeitung der Grundkonzeption (Planunterlage) nicht allzu aufwendig sei. Wesentlich länger würde die Zusammenstellung der verschiedenen Bereiche dauern, die unterschiedlich viele Anlagen berücksichtigen. Zu klären sei dann, welche Grundproblemstellungen (Immissionsschutz, Artenschutz) bestehen. Weiterhin muss eine Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde erfolgen. Um abwägungsrelevante Unterlagen vorlegen zu können, ist ein Zeitraum von mindestens drei bis vier Monaten erforderlich. Wichtig ist in ihren Augen eine gesamtstädtische Betrachtung und schwierig ist die Betrachtung der Netzkapazitäten.

Nachfolgend gibt Frau Köhler zu bedenken, dass mit einer Befürwortung dieser Planung eine Ausnahme von der Regel geschaffen würde – obwohl noch Flächen für die Errichtung ausgewiesen und vorhanden sind. Ein Eingriff in die Natur sei somit nicht zwingend erforderlich. Ebenso weist Frau Köhler auf den entstehenden Sondermüll hin, der in nachhaltig vergifteten Gebieten dieser Welt landet. Die zurzeit bestehende “Goldgräberstimmung” – wie zuvor schon bei den Mastbetrieben – ist ihr und auch vielen Bürgern unverständlich, da eine Bürgerbeteiligung bislang fehle. Sie beantragt eine Visualisierung aller geplanten Anlagen, um einen Gesamteindruck zu bekommen – auch für die Bürger. Begrüßenswert sei ebenso eine Infoveranstaltung mit anschließender Weiterberatung in den zuständigen Ausschüssen.

Daran anschließend meldet sich Frau Hüwe zu Wort und betont, dass der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Artenschutz sehr wohl wichtig sei – der Artenschutzleitfaden des Landes NRW allerdings noch nicht vorliege. Sie weist auf das Risiko des Antragstellers hin – sollte es zu einer Negativ-Einschätzung des Gebietes kommen. Die abschließende Beurteilung erfolge zudem von der Genehmigungsbehörde – dem Kreis Coesfeld. Das vorliegende Gutachten von Wolter Hoppenberg ist rechtens und umsetzbar und sieht die Möglichkeit einer Positivplanung vor. Ebenso weist Frau Hüwe auf die FAQ's der Landesregierung NRW (<https://www.wirtschaft.nrw/system/files/media/document/file/2023-02-27-faq-windenergieausbau.pdf>) hin.

Zusammenfassend stellt Herr Lennertz fest, dass die Erweiterung des Teilflächennutzungsplanes möglich ist und nicht abgewartet werden sollte bis weitere Anträge gestellt werden.

Bezugnehmend auf die Frage von Herrn Schulze-Temming, wie die Stadt mit dem heutigen Beschluss umgeht, entgegnet Frau Besecke, dass die Verwaltung eine Pflicht zur Ausführung des Beschlusses habe. Zunächst ist zu klären, welche Gutachten erforderlich sind.

Für die Fraktion der SPD ergreift Frau Bosse das Wort und schildert ihre Sichtweise. Einerseits habe sie Verständnis für die Argumentation der Verwaltung – eine Gesamtbetrachtung aller Gebiete voranzustellen – andererseits möchte sie auch nicht als “Windkraftverweigerer” gelten. Aus

diesen Gründen wird sich Frau Bosse bei der Stimmabgabe enthalten.

Nach ausführlichem Meinungsaustausch fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Bürgeranregung Windgebiet Hamern und Gantweg die isolierte Positivplanung des entsprechenden Windgebietes zügig voranzutreiben. Ein städtebaulicher Vertrag - mit der Verpflichtung zur Kostenübernahme des Antragstellers - ist zeitnah zu schließen.

<u>Stimmabgabe:</u>	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		2
Bündnis90/Die Grünen	5		
SPD		3	2
FDP	1		
FamilienPartei	1		
Bürgermeisterin		1	

14. Schulhof der AFG klimaresilient umgestalten

Die Vorsitzende Frau Dirks nimmt Bezug auf die Vorberatungen im Schul- und Sportausschuss und erläutert diese. Seitens der Ratsmitglieder ergeben sich keine Fragen.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Bei positiver Förderzusage wird die Umsetzung der Maßnahme kurzfristig vorgenommen, die weiteren Planungen beauftragt und die Baumaßnahme ausgeschrieben und vergeben.

Stimmabgabe: einstimmig

15. Erstellung eines weiteren Werkraumes für die Anne-Frank-Gesamtschule im Don-Bosco Gebäude

Frau Dirks weist auf die Vorberatungen im Schul- und Sportausschuss hin. Es ergeben sich keine Rückfragen.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Es wird ein weiterer Werkraum für die Anne-Frank-Gesamtschule im Don-Bosco-Gebäude eingerichtet. Die entsprechenden Haushaltsmittel in Höhe von ca. 125.000,00 € werden überplanmäßig zur Verfügung gestellt.

<u>Stimmabgabe:</u>	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	11		
Bündnis90/Die Grünen	5		
SPD	2	2	1
FDP	1		
FamilienPartei	1		
Bürgermeisterin	1		

16. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.01.2023

hier: Beitritt zum Bündnis Lebenswerte Städte und Gemeinde

Herr Jakobi nimmt Bezug auf den eingebrachten Antrag und erläutert diesen kurz.

Herr Lennertz schlägt vor, den Antrag an den zuständigen Ausschuss – in diesem Fall den Haupt- und Finanzausschuss – zu verweisen.

Frau Dirks lässt hierüber abstimmen und der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Der Antrag wird an den Haupt- und Finanzausschuss zur weiteren Beratung verwiesen.

Stimmabgabe: einstimmig

17. Bürgeranregung gem, § 24 GO NW vom 06.02.2023

hier: Isolierte Positivplanung nach § 245e BauGB für den Bereich Lutum und Osthellen

Nach ein paar einleitenden Worten durch Frau Dirks erklären sich zwei Ratsmitglieder für befangen. Herr Wiesmann und Herr Schulze Thier nehmen somit weder an der Beratung noch an der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Nach kurzer Einführung durch Herrn Schulze Heiling erläutert im Anschluss Herr Thomas Weitkamp den gestellten Antrag (siehe Anlage 1 zur Einladung).

Frau Dirks schlägt vor, diesen Antrag in den Fachausschuss zu verweisen. Nach verschiedenen Meinungsäußerungen einigt sich der Rat auf folgende Beratungsreihenfolge und folgenden

Beschluss:

Der Antrag wird zunächst im Bezirkssausschuss, dann im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss sowie im Haupt- und Finanzausschuss beraten.

Stimmabgabe: einstimmig

- 18. Bürgeranregung gem. § 24 GO NW vom 14.02.2023**
hier: Isolierte Postviplanung nach § 245e BauBG zur Ausweitung des bestehenden Windvorranggebiets Osthellermark
 Die Vorsitzende Frau Dirks erteilt Herrn Heinrich Lütke Ostendorf das Wort. Er erläutert den gestellten Antrag (s. Anlage 3 zur Einladung). Auch dieser Antrag wird zur weiteren Beratung in die Ausschüsse verwiesen.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Der Antrag wird zunächst im Bezirksausschuss, dann im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss beraten

Stimmabgabe: einstimmig

- 19. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 15.02.2023**
hier: Zuschuss zum 49 € Ticket für Tafelberechtigte Bürger/Bürgerinnen

Frau Dirks stellt den gestellten Antrag kurz vor. Im Anschluss erläutert Frau Hüwe diesen (s. Anlage 4 zur Einladung).

Herr Lennertz weist auf die Möglichkeit der Nutzung des Bürgerbusses hin und betont, dass für bewegungseingeschränkte Menschen immer nach Einzellösungen gesucht wird. Die Ausgabestelle der Tafel in Nottuln kann ebenso mit dem Bürgerbus erreicht werden. Der Antrag sollte ebenso an den zuständigen Ausschuss verwiesen werden.

Auf Rückfrage von Herrn Wieland bestätigt Frau Dirks, dass das 49 € Ticket auch für den Bürgerbus gilt.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Der Antrag wird an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

<u>Stimmabgabe:</u>	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	10		1
Bündnis90/Die Grünen	5		
SPD	5		
FDP	1		
FamilienPartei	1		
Bürgermeisterin	1		

20. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 15.02.2023

hier: Gesamtverkehrskonzept für die Coesfelder Straße/Hagen/Industriestraße

Herr Tauber erläutert den eingereichten Antrag (s. Anlage 5 zur Einladung) und beantragt den Verweis zu weiteren Beratungen an den Ausschuss.

Frau Dirks betont, dass die Voraussetzung für künftige Maßnahmen zwingend die Zusammenarbeit mit Straßen NRW erfordert.

Herr Kösters befürwortet den Vorschlag des Verweises und lenkt den Blick auf die eventuell anfallenden Kosten.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Der vorgenannte Antrag wird in den **Stadtentwicklungs- und Bauausschuss** zu verweisen.

Stimmabgabe: einstimmig

21. Mitteilungen

Keine.

22. Anfragen

22.1. Warnbaken Mühlenstraße - Herr Salomon

Herr Salomon schildert die Situation an der Mühlenstraße – Schutz der Bäume durch Metallstangen. Diese wiederum müssen durch Warnbaken geschützt werden, damit der Schutz und die Bäume nicht umgefahren werden. Gibt es ein Konzept, um die Entfernung der Warnbaken zu realisieren?

Herr Hein bezeichnet das Verhalten der Verkehrsteilnehmer als verwunderlich, da ein Baum nicht zu übersehen ist. Geplant sind größere, höhere Stäbe mit Reflektoren zum Schutz der Bäume. Nochmals hebt Herr Hein hervor, dass die Straßenführung in der Tempo 30-Zone – nach Beschluss durch den Rat – so eng gestaltet wurde.

22.2. Gehölzpflege - Herr Flüchter

Herr Flüchter hinterfragt, warum an verschiedenen Stellen in Billerbeck noch Schnittgut liegt und wann dieses entsorgt wird.

Frau Besecke entgegnet, dass aufgrund der Vielzahl der Arbeiten bis zum 28.02.2023 der Grünschnitt erfolgen musste und die Entsorgung des

Strauch- und Astschnitts aus Zeitgründen liegen bleiben musste. Die Wegräumarbeiten erfolgen nunmehr umgehend.

22.3. Ausstattung der Aula mit Mikrofonen - Frau Hüwe

Frau Hüwe fragt nach, ob es die Möglichkeit gibt für die Sitzungen in der Aula noch weitere Mikrophone anzuschaffen.

Herr Messing teilt mit, dass die technischen Voraussetzungen mit den zur Verfügung stehenden ausgeschöpft sind.

Frau Dirks weist zudem darauf hin, dass in Zukunft die Ratssitzungen wieder im Ratssaal stattfinden können und werden.

22.4. Weg Auperts Kapelle - Herr Walbaum

Herr Walbaum erinnert an seine Anfrage hinsichtlich der Wegeführung im Bereich Auperts Kapelle und möchte den Stand erfahren.

Herr Messing teilt mit, dass sowohl die Bezirksregierung als auch der Landesbetrieb NRW mit der Überplanung beschäftigt sind und in diesem Rahmen die Wegeführung geklärt werde.

22.5. Lärmschutzwall Schulhof - Frau Bosse

Frau Bosse fragt nach, ob die Errichtung des Lärmschutzwalles im Bereich der Johanni Schule (Beschluss) noch realisiert wird bzw. wie der Planstand zurzeit aussieht.

Frau Besecke bestätigt den vorgenannten Beschluss – die personelle Situation allerdings momentan schwierig sei und die Abarbeitung somit Zeit in Anspruch nimmt.

23. Einwohnerfragestunde gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Billerbeck

23.1. Hähnchenmaststall Aulendorf - Frau Rawe

Frau Rawe hat eine Nachfrage zum Hähnchenmaststall in Aulendorf. Sie führt aus, dass im neuesten Amtsblatt des Kreises veröffentlicht wurde, dass jetzt für das Vorhaben - gem. § 10 des Gesetzes für die Umweltverträglichkeitsprüfung - eine Prüfung erfolgen muss. § 10 regelt die UVP-Pflicht von kumulierenden Vorhaben. Ein kumulierendes Vorhaben wird auch in § 10 definiert als kumulierende Vorhaben liegen vor, wenn mehrere Vorhaben derselben Art von einem oder mehreren Vorhabenträgern durchgeführt werden und in einem engen Zusammenhang zu stehen. Ein enger Zusammenhang liegt dann vor, wenn sich die Einwirkungsbereiche der Vorhaben überschneiden – was hier ja wohl der Fall ist und die Vorhaben funktional und wirtschaftlich aufeinander bezogen sind.

Als es um das gemeindliche Einvernehmen – welches durch den Rat der Stadt Billerbeck erteilt werden musste - für dieses Vorhaben ging, wurde

immer wieder gesagt, dass diese beiden Ställe komplett unabhängig voneinander zu betrachten sind. Der Kreis stellt jetzt anscheinend etwas Anderers fest, weil der Kreis sagt, dass sich diese Vorhaben funktional und wirtschaftlich aufeinander beziehen. Fraglich sei nun in ihren Augen, ob damals unter „falschen Voraussetzungen“ das gemeindliche Einvernehmen erteilt wurde.

Zudem stellt Frau Rawe die Frage, ob die Stadt darauf bestehen kann, dass der Rat erneut über das gemeindliche Einvernehmen berät.

Hinweis der Verwaltung:

Frau Besecke hat Frau Rawe per Mail am 10.03.2023 geantwortet.

23.2. Windpark Osthellen - Frau Wichmann

Frau Wichmann teilt mit, dass sie als Anwohnerin von der Errichtung der Windenergieanlagen betroffen ist. Sie kritisiert, dass sie als direkte Anwohnerin bislang nicht am Verfahren beteiligt wurde. Des Weiteren bemängelt Frau Wichmann die Anwohnervergütung. Die Vorgehensweise der Antragsteller, zu behaupten, alle Anwohner seien einverstanden, findet sie nachbarschaftlich betrachtet sehr bedenklich. In ihren Augen ist in keinsten Weise ein offener Austausch der Planungsvorhaben kommuniziert worden – lediglich unter den Betreibern selbst.

Wünschenswert wäre in ihren Augen ein offener Dialog gewesen, der sicherlich auch zu einem – für alle Seiten zufriedenstellenden Ergebnis geführt hätte. Sie fragt sich nun, welche Möglichkeiten bestehen, um eine Transparenz in diesen Fall zu bringen.

Frau Dirks bestätigt, dass die Bürgerbeteiligung gerade bei der Errichtung von Windkraftanlagen bedeutsam ist, da diese unmittelbar auf die Nachbarn wirken. Weitere Beratungen erfolgen zunächst in den zuständigen Ausschüssen.

23.3. Abbau verschied. Rutschen auf Spielplätzen - Herr Ahlers

Herr Felix Ahlers meldet sich zu Wort und fragt nach, ob seine Feststellung, dass auf verschiedenen Spielplätzen in der Innenstadt mehrere Rutschen abgebaut worden sind, richtig ist und fragt nach, ob diese für immer weg sind.

Frau Dirks antwortet, dass im Rahmen einer Überprüfung mehrere Rutschen abgebaut werden mussten, da diese nicht mehr den gesetzlichen Normen entsprachen – teilweise aufgrund des Alters der Rutsche – teilweise aufgrund Beschädigungen. Die Rutschen auf den Spielplätzen werden – soweit dies durch die Finanzierung der Haushaltsmittel sichergestellt werden kann – ersetzt.

23.4. Nachhaltigkeitszentrum - Herr Lütke-Ostendorf

Herr Lütke-Ostendorf nimmt Bezug auf das im letzten Jahr errichtete Nachhaltigkeitszentrum und bietet an mit Schülern zusammen verschiedene Projekte in diesem Nachhaltigkeitszentrum durchzuführen. Eine erste Kontaktaufnahme mit Herrn Wischerhaus (Lehrer an der Anne-Frank-Schule) ist bereits erfolgt.

Frau Dirks bedankt sich für die Bereitschaft und betont, dass das Nachhaltigkeitszentrum ein Projekt des im Rat beschlossenen Klimaschutzkonzeptes ist. Die Klimaschutzmanagerin der Stadt hatte bereits einen ersten Abstimmungstermin mit Herrn Wischerhoff, um das Projekt weiterzuführen.